

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 30. November 2005

Auszug:

(...)

Richtig ist: Deutschland war noch nie in seiner Geschichte so sicher und so frei wie heute. Dennoch leben wir in einer Welt voller Herausforderungen. Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, zerfallende Staaten sowie extreme Armut, Epidemien und Umweltzerstörung bedrohen unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Wir brauchen deswegen unsere Partnerschaften dringender denn je. Dazu gehört die Fortentwicklung der strategischen Partnerschaft mit Russland. Russland ist als wichtiger Wirtschaftspartner, als Verbündeter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und als Land mit Verantwortung für die politische Stabilität Europas unverzichtbar. Deutschland hat ein besonderes Interesse daran, dass die schwierige Modernisierung Russlands gelingt.

Die Bundesregierung wird sich nach Kräften für Frieden und Stabilität auch im Nahen Osten einsetzen. Mit besonderer Sorge schauen wir dieser Tage auf den Irak wie die Entwicklung im Iran. Trotz der Rückschläge in letzter Zeit wird sich die Bundesregierung weiter im Drei-Plus-Eins-Prozess engagieren, dieser Prozess muss weitergehen. Ich kann den Iran nur davor warnen, sich der Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft und der IAEO zu entziehen. Was gegenüber Israel gesagt wurde, ist in jeder Hinsicht absolut inakzeptabel. Der Iran muss wissen, dass wir ein solches Verhalten nicht hinnehmen können.

Deutschland steht zu Israel in einer ganz besonderen Verantwortung. Dieses Jahr haben wir den 40. Jahrestag der Aufnahme deutsch-israelischer Beziehungen begangen. Für die neue Bundesregierung möchte ich deshalb bei dieser Gelegenheit das Existenzrecht Israels und das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger, in sicheren Grenzen frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben, ausdrücklich bekräftigen. Ebenso bekräftigen wir das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, der Seite an Seite mit Israel in Sicherheit und anerkannten Grenzen lebt. Deutsche Außenpolitik bewährt sich im konkreten Handeln. Auf dem Balkan, in Afghanistan und an vielen anderen Orten tragen deutsche Soldaten, Polizisten, Diplomaten und Entwicklungshelfer unter erheblichen Gefahren zu Frieden und Stabilität bei. Was das im äußersten Fall bedeuten kann, das haben wir gerade erst wieder in Afghanistan schmerzlich erleben müssen. Ihnen allen gebührt unserer besonderer Dank und unsere besondere Anerkennung für ihren mutigen Einsatz. Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz, mit über 6.000 Soldaten auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika oder in humanitärer Mission in Pakistan. Die Bundeswehr kann sich auf breite Unterstützung dieser Regierung, des Parlaments und der Gesellschaft verlassen.

Unser Anspruch auf Mitsprache einerseits, unsere Bereitschaft zum Mitwirken andererseits bedingen einander. Die neue Bundesregierung wird darauf achten, dass Ziele und Fähigkeiten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik in einem Gleichgewicht bleiben.

Die Bundesregierung wird deshalb den Umbau der Bundeswehr zur Einsatzarmee konsequent fortsetzen. Der Kernauftrag der Bundeswehr aus der Verfassung - also die Landesverteidigung - bleibt dabei unverändert gültig. An den Beschlüssen zur

Struktur und Stationierung der Bundeswehr halten wir fest. Die Bundesregierung bekennt sich zur allgemeinen Wehrpflicht. Sie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als die für unser Land beste Wehrform erwiesen.

Wir werden Ende nächsten Jahres ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik veröffentlichen. Erstmals seit 1994, also seit über 10 Jahren, wird es damit wieder ein Grundlagendokument der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Bundeswehr geben.

Angesichts der Globalisierung nimmt die Bedeutung der internationalen Institutionen zu. Die UNO muss der zentrale Ort der Konfliktlösung werden und dies dann auch bleiben. Dazu müssen wir aber ihre Glaubwürdigkeit und ihre Handlungsfähigkeit deutlich stärken. Die Bundesregierung wird sich dabei in besonderem Maße bemühen, europäische Positionen zur Geltung zu bringen. Deutschland bleibt bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen. In der längerfristigen Perspektive streben wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union an.

(...)